

II-10603 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5178 IJ

A N F R A G E

1993-07-09

der Abgeordneten Ing. Meischberger und Kollegen  
an den Bundeskanzler  
betreffend Förderung von Gratiszeitungen

In den vergangenen Jahren wurde die österreichische Printmedienlandschaft von einer zunehmenden Marktkonzentration auf einige wenige Eigentümergruppen geprägt. Dieser Vorgang führte dazu, daß es zu einer Medienlandschaft gekommen ist, die in vielen Bereichen keine realen Wettbewerbschancen für viele Marktteilnehmer mehr gewährleistet. Unterstützt wurde diese Entwicklung noch durch die Regelungen im österreichischen Presseförderungsgesetz, das mit seiner Subventionsrichtlinie gerade dazu prädestiniert ist, Zeitungen, die nicht nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen geführt werden, zu unterstützen. Demgegenüber werden sogenannte Gratiszeitungen, d.h. Regionalzeitungen, die sich über den Anzeigenmarkt finanzieren, nicht gefördert. Damit benachteiligt man jenen Teil der Marktteilnehmer, die bei Einsatz relativ bescheidener privater Mittel die höchste Akzeptanz in ihrem Bereich genießen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundeskanzler folgende

A n f r a g e :

1. Welche Subventionsansuchen von sog. Gratiszeitungen wurden in den letzten zehn Jahren eingebbracht und abgelehnt?

2. Warum wurden diese Ansuchen abgelehnt und was sind die Gründe aus der Sicht der vom Bundeskanzleramt vertretenen Medienpolitik?
3. Welche Kosten wären entstanden, wenn man diese Ansuchen nicht abgelehnt hätte?
4. Setzt das Bundeskanzleramt Initiativen, um Gratiszeitungen ebenfalls in die Presseförderung miteinzubeziehen?
5. Wenn nein, warum nicht?
6. Plant das Bundeskanzleramt 1993 eine weitere Erhöhung der Presseförderung durch eine Änderung des Presseförderungsgesetzes?